



### » Kärnten

#### Aufgabenkritik geplant

(BS/jf) Sparpotenziale im Ausmaß von zehn Prozent für das Jahr 2014 und von bis zu 25 Prozent für die gesamte Legislaturperiode bis 2018 möchte die Kärntner Landesregierung heben. Dazu will man alle Mitarbeiter der Verwaltung und ausgelagerten Bereiche einladen und konkrete Vorschläge erarbeiten, die im Anschluss von der Politik beraten werden sollen.

Dabei will sich die Landesregierung am Vorgehen der Steiermark orientieren, wie Landeshauptmann Peter Kaiser erläuterte. Dazu ist der steierische Wirtschaftsprüfer Peter Pilz in die Beratungen während der letzten Budgetklausur einbezogen worden. Dieser lobte die positive Kooperationsbereitschaft der Koalition, als gemeinsame Basis um das gesteckte Ziel zu erreichen.

“Es wird manches wehtun, aber es ist notwendig”, sagte Kaiser. Schon im nächsten Jahr werde es 47 Mio. Euro weniger Ausgaben als Einnahmen geben. Es gehe darum, effizient und effektiv zu agieren, um die richtigen Dinge richtig zu tun, so Kaiser.

#### Blick in die Zukunft

(BS/jf) Pünktlich zur heißen Wahlkampfphase zu den Nationalratswahlen veröffentlichte der österreichische Gemeindebund das Kommunalbarometer 2013 und untermauerte damit seine zentralen Forderungen.

Anders als mit dem Gemeindefinanzbericht, der auf den Rechnungsabschlüssen basiert und damit die Vergangenheit zeigt, nimmt das Kommunalbarometer mittels einer Befragung unter den 2.354 Städten und Gemeinden die wirtschaftliche Situation der Gemeinden und deren Investitionsvorhaben in den Blick.

“Die Ergebnisse zeigen einige wichtige Fakten sehr deutlich auf und lassen den Druck erahnen, unter dem die Kommunen vielfach stehen”, sagte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

#### Investieren und Sparen

Obwohl über ein Drittel der Städte und Gemeinden in diesem Jahr für Neuinvestitionen (42 Prozent) und Sanierungen (49 Prozent) mehr ausgeben und bei 26 Prozent bzw. 31 Prozent

der Befragten das Budget gleich bleibt, rechnen viele für die nächsten Jahre mit weiteren Einsparungen. So sind 36 Prozent gezwungen, bei Neuinvestitionen größere Einsparungen vorzunehmen, 15 Prozent bei Sanierungen und weitere sieben Prozent bei laufenden Gemeindeausgaben.

Investitionen sind vor allem in den Bereichen “Verkehrsplanung” sowie “Wasser- und Kanalbau” vorgesehen. Lediglich fünf Prozent bzw. acht Prozent der Befragten planen in diesen beiden Feldern in den nächsten vier Jahren keine Vorhaben. Dabei sind hier dringend Sanierungen notwendig, meint Mödlhammer. Ebenso wie in den Bereichen “Sicherheit, Feuerwehr und Rettung”, “Schutz vor Naturgewalten” sowie “alternative Energien”, wie das Kommunalbarometer belegt.

Anders in den Bereichen “Altersbetreuung”, “Kommunaler Wohnungsbau” sowie bei “Park & Ride-Anlagen”. Hier verzichten über 75 Prozent der Städte und Gemeinden auf Investitionen.

**Fortsetzung auf Seite 2**

### » Inhalt/Themen



Mag. Peter Biwald  
Nachlese zum  
Gemeinde-Bonitätsranking ..... 2

Verwaltungsmodernisierung ..... 4

Veranstaltungskalender ..... 6

Folgen Sie uns auf Twitter:  
<http://twitter.com/verwaltkompakt>



Entwicklung der Ausgaben 2013 aus Sicht der Befragten

Quelle: Kommunalbarometer 2013/medianet

## Blick in die Zukunft

Fortsetzung von Seite 1

Insgesamt wird sich die Finanzschuld in 55 Prozent der Kommunen reduzieren, so ein weiteres Ergebnis des Kommunalbarometers. Gleichwohl geben 28 Prozent in der Erhebung an, ihr Schuldenbergsteige in den nächsten Jahren weiter an.

In diesem Jahr sind nach Meinung der Befragten die Ausgaben in einigen Bereichen stark angestiegen. Dazu zählen die Ausgaben für "Soziales" (sagen 37 Prozent), "Gesundheit" (32 Prozent), "Straße, Verkehr und Wasserbau" (17 Prozent) sowie "Unterricht, Erziehung und Sport"

(16 Prozent) (siehe Tabelle Seite 1). "Bedenklich ist, das die Sozial- und Gesundheitsausgaben von den Gemeinden kaum beeinflusst werden", kritisiert Mödlhammer.

### Wahlkampforderungen

Daher sprach sich der Gemeindebund-Präsident einerseits für die Vertragsfähigkeit der Gemeinden gegenüber dem Bund aus: "Ich würde mir wünschen, dass wir etwa im Bereich der Kinderbetreuung direkte Vereinbarungen mit dem Bund treffen könnten. Derzeit müssen die jährlich 80 Millionen Euro (ab 2014 sind es 160 Millionen Euro) über die Länder an die Gemeinden ausbe-

zahlt werden. Das dauert viel länger und verzögert den Ausbau der Nachmittagsbetreuung deutlich. Es wäre sinnvoller, wenn das Geld möglichst rasch und direkt an die Gemeinden gehen kann, damit diese die notwendigen Maßnahmen schnell umsetzen können."

Andererseits fordert Mödlhammer die Befreiung der Kommunen von der Umsatzsteuer, vor allem bei Investitionsvorhaben im Bildungsbereich. "Das wäre eine unmittelbar wirksame Konjunkturförderung und würde dazu beitragen, dass Investitionen

in diesem Bereich trotz der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung nicht ins Stocken geraten", so Mödlhammer.

Darüber hinaus plädierte der Gemeindevertreter und Bürgermeister erneut für eine Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung für die Direktvergabe von öffentlichen Aufträgen bis zu 100.000 Euro. Dies helfe vor allem regionalen Unternehmen und Gemeinden Bürokratie möglichst klein zu halten.

Diesen Artikel weiterempfehlen oder kommentieren:

<http://www.behoerderspiegel.at/?p=1610>

## Klein aber fein? Nachlese zum Gemeinde-Bonitätsranking

*(BS/ Mag. Peter Biwald\*) Das aktuell veröffentlichte Bonitätsranking der Top 250-Gemeinden auf Basis des bewährten KDZ-Quicktests zeigt, dass auf den ersten Blick insbesondere kleine Gemeinden im ersten Zehntel liegen. Das KDZ folgte dabei seiner Philosophie, nur die besten (in diesem Fall 250) Gemeinden ins Scheinwerferlicht zu stellen. Von zahlreichen Medien wie auch politisch Verantwortlichen wurden scheinbar die Top 250 als repräsentative Stichprobe gesehen, d.h. jede Größenklasse käme gleich oft vor. Dies ist jedoch ein Irrtum.*

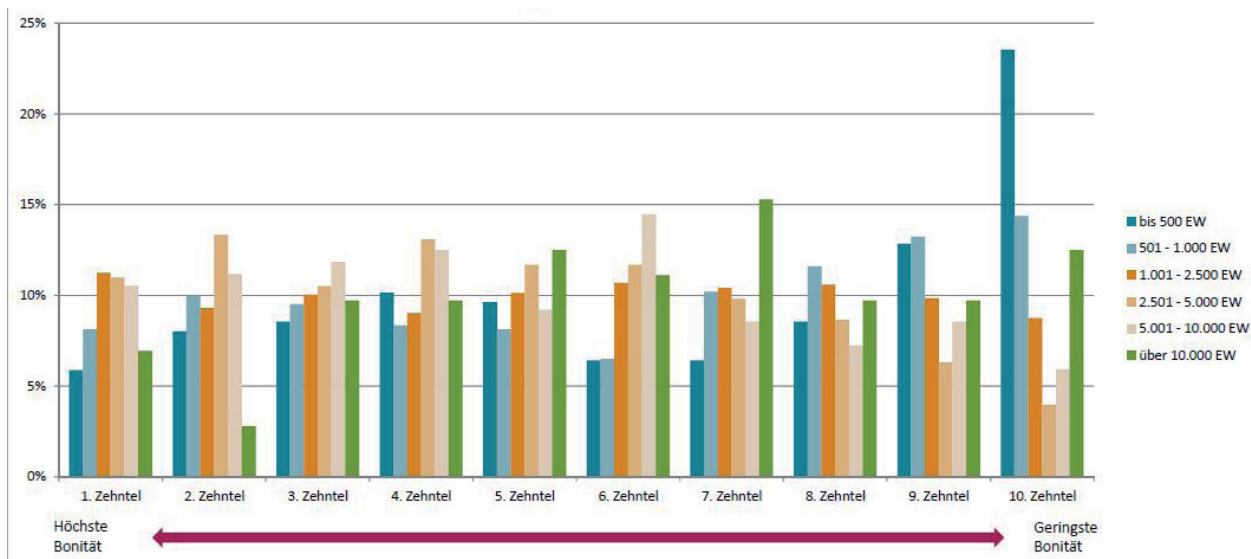
Von den 2.356 Gemeinden haben 618 unter 1.000 Einwohner (EW) und 72 über 10.000 EW. Folglich sind in absoluten Zahlen mehr kleine Gemeinden (48 Gemeinden bis 1.000 EW) unter den TOP 250 als große (5 Gemeinden über 10.000). In relativen Zahlen sind die genannten Gemeindegrößen mit jeweils sechs bzw. sieben Prozent ihrer Größenklasse im gleichen Ausmaß

im ersten und damit besten Dezil repräsentiert.

Die gezogenen Schlüsse in Richtung "Klein aber fein" sind somit inhaltlich unrichtig, wie auch die obige Grafik zeigt.

In Summe zeigt sich eine gleichmäßige Verteilung mit folgenden Besonderheiten:

Fortsetzung auf Seite 3



Bonitätsranking: Anteil der Gemeinden je Größenklasse in den einzelnen Dezilen.

Quelle: KDZ, 2013

## Klein aber fein? Nachlese zum Gemeinde-Bonitätsranking

### Fortsetzung von Seite 2

Der höchste Anteil im ersten Zehntel (höchste Bonität) haben Gemeinden zwischen 1.001 und 5.000 EW – elf Prozent der Gemeinden dieser Größenklassen weisen eine hohe Bonität auf. Den geringsten Anteil haben die Gemeinden bis 1.000 EW sowie über 10.000 EW mit 6 bis 7 Prozent.

Den höchsten Anteil im letzten Zehntel (das sind die schlechtesten 236 Gemeinden) haben die Gemeinden bis 1.000 Einwohner (17 Prozent ihrer Größenklasse) bzw. über 10.000 EW (13 Prozent ihrer Größenklasse). Den geringsten Anteil weisen die Gemeinden zwischen 2.501 und 5.000 EW auf (vier Prozent).

Dieses Bild liegt in folgenden Fakten begründet: Gemeinden bis 1.000 EW sind tendenziell finanzschwach, weisen jedoch aufgrund struktureller Probleme hohe Ausgaben je EW auf (siehe dazu Österreichische Gemeindefinanzen 2011, S. 31). Gemeinden über 10.000 EW sind grundsätzlich finanzkraftstark, tragen jedoch hohe Transferlasten an die Länder und indirekt an die kleineren Gemeinden (siehe Gemeinde-Transferbericht, Wien 2013, S. 47 ff.). Sie weisen zudem hohe Ausgaben für zentralörtliche Aufgaben aus die im Finanzausgleich unzureichend abgegolten werden.

Die Gesamtschau des Bonitätsranking zeigt, dass sich die Gemeinden – bis auf die Ausreißer in den



Mag. Peter Biwald ist Geschäftsführer des KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung. Foto: BS/KDZ

genannten Größenklassen – relativ gleichmäßig auf die einzelnen Dezile verteilt sind. Dies wäre auch zu erkennen, wenn nur die Top 250 betrachtet

werden und dies in Relation zur Gesamtzahl der Gemeinden in den einzelnen Größenklassen gestellt wird.

**Diesen Artikel weiterempfehlen oder kommentieren:**

<http://www.behoerderspiegel.at/?p=1608>

## KDZ-Quicktest auf Basis von fünf Kennzahlen

1. Die **Öffentliche Sparquote (ÖSQ)**, die das Verhältnis zwischen dem Saldo der laufenden Gebarung und den Ausgaben widerspiegelt. Je höher dieser Wert ist, desto höher ist der Anteil der laufenden Einnahmen, der für die teilweise Finanzierung der Ausgaben der Vermögensgebarung, die Rückzahlung von Schulden und die Rücklagenbildung zur Verfügung steht. Verfolgt man diese Kennzahl über die Jahre, ergibt sich ein Bild der Veränderung des Budgetspielraums einer Gemeinde.
2. Die **Eigenfinanzierungsquote (EFQ)** zeigt, inwieweit die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden. Zu den Einnahmen und Ausgaben der laufenden Gebarung werden jeweils die Einnahmen oder Ausgaben aus der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen hinzugerechnet.
3. Hinzu kommt die Verschuldung der Gemeinde, die in Form der beiden Kennzahlen **Verschuldungsdauer (VSD)** und **Schuldendienstquote (SDQ)** in die Rangreihung einfließt.
4. Die finanzielle Leistungsfähigkeit wird letztlich durch die Quote **freie Finanzspitze (FSQ)** abgebildet – also das Ergebnis der fortdauernden Gebarung in Relation zu den laufenden Einnahmen. Die Kennzahl spiegelt den Spielraum für neue Projekte und Investitionen wider.

### » Salzburg

## Risiko reduziert

(BS/jf) Der Stand der risikobehafteten Veranlagungen in Salzburg konnte seit Aufdecken des Finanzskandals um 85 Prozent gesenkt werden. „Der Stand der Veranlagungen beträgt derzeit nur mehr 273,6 Mio. Euro“, erklärte Finanzreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Dr. Christian Stöckl. Seit dem letzten Bericht Mitte Juni konnten im Finanzportfolio des Landes weitere 137,3 Mio. Euro an

Zahlungen aus Wertpapieren und Derivaten erlöst werden.

„Der für den Portfolioabbau maßgebliche Saldo aus Finanzvermögen und außerordentlichen Schulden beträgt gegenwärtig +82,8 Millionen Euro, was einer Verbesserung von 8,1 Millionen Euro gegenüber der Bewertung mit Stand vom 27. Dezember 2012 entspricht“, so der Landeshauptmann-Stellvertreter weiter.

### » Vorarlberg

## Unterstützung für Gemeinden

(BS/jf) Sechs Vorarlberger Gemeinden erhalten finanzielle Unterstützung für Infrastrukturprojekte durch die Landesregierung. „Die Unterstützung trägt dazu bei, auch weiterhin eine gleichwertige Entwicklung in allen Landesteilen sicherzustellen“, erklärt Landeshauptmann Markus Wallner.

Insgesamt 386.000 Euro stellt die Landesregierung aus dem Vorarlberger Strukturfonds bereit.

Über 1.000 Projekte sind in den vergangenen 16 Jahren seit Einführung des Strukturfonds durch das Land gefördert worden. Effektiv ausgezahlt wurden bislang 41,2 Mio. Euro.

Die Summe der zugesagten Strukturmittel beträgt rund 46,3 Millionen Euro. Dabei machen die Förderungen des Landes rund zehn Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens von über 446 Mio. Euro aus.

## Mit Kooperation erfolgreich in die Zukunft

**(BS/jf) Der Kostendruck ist bekanntermaßen ein Auslöser von Veränderungen. Im IT-Bereich sind Budgetkürzungen für die Bundesministerien durch das IKT-Konsolidierungsgesetz festgelegt. Ziel ist es, möglichst standardisierte und damit kostengünstigere IT-Lösungen einzusetzen. Dabei kommt dem Bundesrechenzentrum (BRZ) eine zentrale Rolle zu.**

Vorgaben aus dem IKT-Konsolidierungsgesetz sind beispielsweise ein einheitlicher IT-Arbeitsplatz für die Bundesbediensteten, ein einheitliches Content Management System oder die elektronische Rechnung für alle Lieferanten des Bundes. Auf das BRZ, als das IT-Dienstleistungszentrum des Bundes, kommen bei diesen Projekten entscheidende Aufgaben zu.

Voraussetzung ist die Marktconformität der BRZ-Leistungen. Der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung dieser Vorhaben liegt aus Sicht von BRZ-Geschäftsführer Roland Jabkowski in einer engeren und tiefergreifenden Zusammenarbeit aller Beteiligten. "Wir stehen heute oft im Wettbewerb mit Unternehmen aus der Wirtschaft und den ressorteigenen IT-Abteilungen. Von diesem Konkurrenzmodus müssen wir in der Bundes-

IT Abstand nehmen und zu einem verstärkten Kooperationsdenken übergehen." Ziel dabei ist es, in einem kooperativen Prozess gemeinsam mit den Kunden Modelle zu einer IT-Kosteneffizienzsteigerung zu entwickeln.

### 180 Mio. Euro Einsparungen

Ein zentraler Erfolgsfaktor ist ein hohes Maß an Offenheit und Transparenz. Dabei gibt es auch schon erste Erfolge: Die IT-Ausgaben für einige Ministerien konnten für das Jahr 2012 signifikant reduziert werden. Insgesamt konnte das BRZ seinen Kunden in den letzten fünf Jahren mehr als 180 Mio. Euro an IT-Kosten einsparen. Erreicht wurde dieses Ergebnis laut Roland Jabkowski "da wir schon seit einigen Jahren unter dem Motto "more for less" konsequent an maximaler Kosteneffizienz bei gleichzeitiger Steige-



Erläuterte im Gespräch mit Verwaltung kompakt den Nutzen von Kooperationen: BRZ-Geschäftsführer Roland Jabkowski. Foto: BS/BRZ GmbH

rung der Servicequalität arbeiten. Standardisierung, Konsolidierung und Automatisierung hat dies ermöglicht. Mit diesen industriellen Methoden und einem transparenten Dialog können auch die Herausforderungen der aktuellen Sparvorgaben bewältigt werden."

### Grenzüberschreitende Lösungen

Die Konsolidierung von IT-Lösungen gewinnt aber nicht nur in Österreich immer mehr an Bedeutung. Diese Entwicklung macht auch vor Staatsgrenzen nicht halt. In einer vernetzten Welt, die dank moderner Kommunikationstechnologien immer enger zusammen wächst, ist es entscheidend, Herausforderungen auch grenzüberschreitend gemeinsam zu lösen. So beteiligt sich das BRZ an Projekten der Europäischen Union, die die Entwicklung gemeinsa-

merStandards zum Ziel haben. Auch im Bereich Cloud Computing ist die heimische Verwaltungs-IT international gefragter Projektpartner. Internationale Netzwerke wie die EURITAS (Allianz der europäischen Verwaltungs-IT-Dienstleister), bei der das BRZ Gründungsmitglied ist, erlangen immer größeren Stellenwert. "Neben einem intensiven, grenzüberschreitenden Austausch steht die gegenseitige Unterstützung bei der Erbringung von IT-Services im Fokus. Das Know-How, das dabei generiert wird, kommt wieder den BRZ-Kunden in der Bundes-IT und letztlich den österreichischen BürgerInnen zu Gute", zeigt sich BRZ-Geschäftsführer Jabkowski überzeugt vom Nutzen dieser Kooperation.

➔ [www.brz.gv.at](http://www.brz.gv.at)

## Verwaltungsmesse geht neue Wege

(BS/jf) Die dritte Verwaltungsmesse "Verwaltungsreform. What else?" am 27. März 2014 findet in Kooperation mit der Messe "Nutzen. Leben" der Bundesbeschaffung GmbH statt. Die beiden Messen für die öffentliche Hand wollen Synergien nutzen, um Entscheidungsträger sowie Experten aus der öffentlichen Hand zu servizieren.

Zentrale Themen der in der Messe Wien, Halle D, stattfindenden Veranstaltung sind die drei Bereiche "Personal und Finanzen", "Koope-

ration und Shared Services" sowie "Verwaltungseffizienz und Bürgerorientierung (E-Government). Mit Wien und der Steiermark werden in einer neuen Form zwei Partnerländer bei der vom Bundeskanzleramt organisierten Kongressmesse präsentiert. Parallel findet das Managementforum der Verwaltungsakademie des Bundes statt.

Weitere Informationen ab Dezember 2013 sowie zu den vorherigen Verwaltungsmessen unter:

➔ [www.bka.gv.at](http://www.bka.gv.at)

Diesen Artikel weiterempfehlen oder kommentieren:

<http://www.behoerderspiegel.at/?p=1606>

## 5. Public Management Impulse

(BS/jf) Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie stehen im Fokus der diesjährigen 5. Public Management Impulse der FH Oberösterreich am 22. Oktober 2013 in Linz. Mehr in Kürze unter:

➔ [www.fh-ooe.at/campus-linz](http://www.fh-ooe.at/campus-linz)

## E-Government-News aus Deutschland

**Der Public Sector CIO der Zukunft**

(BS) Teilnehmer einer europäischen Studie unter Führungskräften im öffentlichen Dienst, die von Coleman Parkes im Auftrag von Ricoh Europe durchgeführt wurde, haben die hervorstechendsten Eigenschaften eines zukünftigen CIOs im öffentlichen Sektor definiert. Die beiden wichtigsten Eigenschaften (mit jeweils gleichen Werten in der Befragung) sind dabei ein Hintergrund im Marketing und technologisches Know-how. Fachkenntnisse von geschäftskritischen Prozessen folgen erst auf dem dritten Platz. Führungs-

kräfte aus dem öffentlichen Sektor bewerten ihre CIOs mit weit überwiegender Mehrheit positiv: 90 Prozent erklären, dass sie über die Ressourcen verfügen, um die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen voranzutreiben. Ungeachtet dieses Optimismus und der großen Unterstützung für CIOs heute, zeigte die Studie aber auch auf, dass mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Organisationen im Bereich der öffentlichen Verwaltung noch nicht richtig auf den digitalen Wandel vorbereitet sind.

**Partnerschaft bei IT und Dienstleistungen**

(BS) Die Spannweite an Modellen ist groß, die in Deutschland unter dem Begriff Öffentlich Private Partnerschaft laufen. Für den IT- und Dienstleistungssektor unterscheidet die ÖPP-Deutschland AG etwa in ihrem 2012 erschienen Bericht "ÖPP in Deutschland" drei Stoßrichtungen bei Projekten: Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung, neuartige Aufgaben öffentlicher Einrichtungen und Innovationspotenzial durch den Einsatz neuer Medien. Unterschiedliche Formen von IT- und Dienstleistungs Kooperationen werden am 17. Oktober 2013 auf dem 8. Bundeskongress ÖPP ([www.dppp.de](http://www.dppp.de)) in Berlin vorgestellt. Die Veranstaltung firmiert dieses Jahr unter dem Motto "Besser mit Partnern – Strategische Modelle für Bau,

Energie, IT und Dienstleistungen". Ein Fachforum befasst sich explizit mit dem Thema "IT und Dienstleistungen: neue Agenda – Fachkräftemangel, Finanzknappheit, Bundestagswahl". Im Workshop "Bundes-IT" wird unter Beteiligung mehrerer Bundesministerien über die strategische Perspektive interministerieller Zusammenarbeit diskutiert. Das Forum "Breitbandiges Zusammenspiel" greift gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag die Herausforderung auf, ländliche Räume mit schnellem Internet zu erschließen; unterschiedliche Modelle öffentlich-privater und interkommunaler Zusammenarbeit befinden sich hier bereits in der praktischen Umsetzung.

**Seminar für Datenschutzbeauftragte**

(BS) PRISM, Tempora und Co. lassen grüßen: Einer Studie des BITKOM zufolge ist das Vertrauen deutscher Bürger in staatlichen Datenschutz erheblich beeinträchtigt, 58 Prozent der Internetnutzer in Deutschland vertrauen Staat und Behörden wenig oder überhaupt nicht, wenn es um den Umgang mit persönlichen Daten im Netz geht.

Obwohl die aktuellen Ereignisse und Diskussionen zeigen, dass man auf manche Risikofaktoren keinen Einfluss hat, ist Resignation fehl am Platz. Auch mit zum Teil einfachen Maßnahmen kann ein gewisses Schutzniveau erreicht werden. Hier kommt der Rolle eines Datenschutzbeauftragten als Dreh- und Angelpunkt in allen Fragen und bei allen Aktivitäten zum Datenschutz eine elementare Bedeutung zu.

Das Handwerkszeug zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung wird aktuell und praxisnah in dem Seminar "Datenschutzbeauftragter in der öffentlichen Verwaltung" vermittelt.

Die **nächste Veranstaltung** findet vom 07. bis 11. Oktober 2013 in Bonn statt und schließt bei erfolgreicher Prüfung mit dem Zertifikat

"Datenschutzbeauftragter in der öffentlichen Verwaltung mit TÜV Rheinland geprüfter Qualifikation" ab.

Als ergänzende Vertiefung einzelner Datenschutzaspekte bzw. zur Weiterbildung werden zudem in 2013 folgende Praxis-Seminare angeboten:

- **"Datenschutz in der Praxis – Verfahrensverzeichnis und Vorabkontrolle"**, 11. November 2013, Berlin
- **"Datenschutz in der Praxis – Datenschutzaudit vorbereiten und durchführen"**, 12. November 2013, Berlin
- **"Sensibilisierungskampagnen planen und durchführen"**, 09.-10. Dezember 2013, Köln

Ausführliche Informationen finden Sie unter den entsprechenden Links oder der Homepage der Cyber Akademie. Eine Online-Anmeldung ist unter [www.cyber-akademie.de](http://www.cyber-akademie.de) möglich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Bei Rückfragen steht Ihnen Frau Kravcov vom Organisationsteam ([julia.kravcov@cyber-akademie.de](mailto:julia.kravcov@cyber-akademie.de) oder +49-228-97097-82) gerne zur Verfügung.

# Hier könnte Ihre Anzeige stehen!

[newsletter@behoerderspiegel.at](mailto:newsletter@behoerderspiegel.at)  
Telefon: 0049(0)30/55 74 12-48

E-Government Newsletter Deutschland  
hier abonnieren.



## Veranstaltungen - August/September 2013

<b>27. - 28. August</b> Dienstag - Mittwoch	<b>» 8. Demographie-Kongress</b> Behörden Spiegel, Berlin	<a href="http://www.best-age-conference.com">www.best-age-conference.com</a>
<b>3. - 4. September</b> Dienstag - Mittwoch	<b>» ADV-Sommerakademie 2013</b> ADV, Wien	<a href="http://www.adv.at">www.adv.at</a>
<b>9. September</b> Montag	<b>» Modellbasierte Entwicklung</b> ADV, Wien	<a href="http://www.adv.at">www.adv.at</a>
<b>11. September</b> Mittwoch	<b>» ADV-Security-Tagung</b> ADV, Wien	<a href="http://www.adv.at">www.adv.at</a>
<b>11. - 13. September</b> Mittwoch - Freitag	<b>» 60. Österreichischer Gemeindetag</b> Österreichischer Gemeindebund, Linz	<a href="http://www.gemeindetag.at">www.gemeindetag.at</a>
<b>12. September</b> Donnerstag	<b>» Social Media in der Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich einsetzen</b> KDZ, Innsbruck	<a href="http://www.kdz.eu">www.kdz.eu</a>
<b>16. - 17. September</b> Montag - Dienstag	<b>» Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung</b> Behörden Spiegel, Berlin	<a href="http://www.fuehrungskraefte-forum.de">www.fuehrungskraefte-forum.de</a>
<b>17. September</b> Dienstag	<b>» Management von Feuerwehren</b> Behörden Spiegel, Bonn	<a href="http://www.fuehrungskraefte-forum.de">www.fuehrungskraefte-forum.de</a>
<b>18. - 19. September</b> Mittwoch - Donnerstag	<b>» 9. Europäischer Bevölkerungsschutzkongress</b> Behörden Spiegel, Bonn	<a href="http://www.civil-protection.com">www.civil-protection.com</a>
<b>25. September</b> Mittwoch	<b>» Grundlagen der Straßenbeleuchtungsplanung - Intensivkurs</b> Österreichischer Städtebund/ Austrian Standards	<a href="http://www.staedtebund.at">www.staedtebund.at</a>
<b>25. - 26. September</b> Mittwoch - Donnerstag	<b>» PITS 2013</b> Behörden Spiegel, Berlin	<a href="http://www.public-it-security.de">www.public-it-security.de</a>

## Impressum

**Herausgeber und Chefredakteur von "Verwaltung Kompakt" und verantwortlich:** R. Uwe Proll.

**Redaktionelle Leitung:** Carsten Köppl (ckö) [carsten.koeppl@behoerdenspiegel.at](mailto:carsten.koeppl@behoerdenspiegel.at).

**Redaktion Österreich:** Gertraud Eibl (ge) [gertraud.eibl@behoerdenspiegel.at](mailto:gertraud.eibl@behoerdenspiegel.at), Jörn Fieseler (jf) [joern.fieseler@behoerdenspiegel.at](mailto:joern.fieseler@behoerdenspiegel.at),  
Johanna Kleinfurfer-Alberer (jka) [johanna.kleinfurfer-alberer@behoerdenspiegel.at](mailto:johanna.kleinfurfer-alberer@behoerdenspiegel.at).

**Weitere redaktionelle Mitarbeit:** Reinhard Haider (rh) [reinhard.haider@behoerdenspiegel.at](mailto:reinhard.haider@behoerdenspiegel.at).

**Redaktionsassistent:** Sonja Bechtold, [sonja.bechtold@behoerdenspiegel.at](mailto:sonja.bechtold@behoerdenspiegel.at).

Der Newsletter wird erstellt in Kooperation mit der Salzburg Management Business School an der Universität Salzburg.

**Kontaktadresse Österreich:** Behörden Spiegel Büro Österreich, c/o SMBS - Salzburg Management Business School, Schloss Urstein Schlossallee 9, 5412 Puch/Salzburg, AUSTRIA; [newsletter@behoerdenspiegel.at](mailto:newsletter@behoerdenspiegel.at), [www.behoerdenspiegel.at](http://www.behoerdenspiegel.at).

"Verwaltung kompakt" ist ein Service der ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, GERMANY, Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Verwaltung kompakt". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.